10 × WAS WILL IHRE PARTEI TUN – AUCH FÜR UNS?

Nur die wenigsten von uns Schauspielerinnen und Schauspielern sind „Stars“, wohlhabend oder finden die glamouröse Aufmerksamkeit der überregionalen Medien. Die meisten bereichern den grauen Alltag der Menschen dort, wo wir ihnen mit unserer Schauspielkunst am nächsten sind: auf den zahlreichen Bühnen in allen Ecken und Winkeln unserer Kulturnation.

Das wird uns selten gedankt, geschweige denn entlohnt. Unsere Arbeits- und Gagenbedingungen an den meisten Bühnen sind haarsträubend. Im wahrsten Sinne des Wortes Tag und Nacht im Einsatz, über fünfzig Stunden die Woche, Gagen am Rande des gesetzlichen Mindestlohns, familien- und kinderbetreuungsfeindliche Strukturen, feudal anmutende Hierarchien, kein wirklicher Kündigungsschutz … für unsere kulturelle Vor-Ort-Bereicherung der Menschen zahlen wir einen hohen Preis – nur wir!

Denn die tiefere Ursache all dieser Missstände liegt an den in den Städten, Gemeinden und Ländern verantwortlichen Politiker, die oft nicht verstehen, wie unentbehrlich lebendige Ensembletheater für lebenswerte Gemeinwesen sind. Sie brüsten sich zwar mit den kulturellen Segnungen, schauen aber kaum auf das Elend hinter den Kulissen, vor allem sorgen sie an ihren Bühnen selten für die Ausstattung, die wir Schauspielerinnen und Schauspieler für ein menschenwürdiges Leben brauchen.

Was will Ihre Partei tun, um die Lage vor und hinter den Kulissen deutscher Bühnen zu verbessern?

Wenn wir unseren Schauspielberuf ausüben und engagiert sind, Film-, Theater- oder Synchronrollen zu spielen, geschieht dies, der ständigen höchstrichterlichen Rechtsprechung nach, stets im Rahmen von Beschäftigungen – die allerdings immer, meist sogar auf sehr kurze Zeit, befristet sind.

Demnach sind wir also nicht selbständig, nicht Angehörige der Künstlersozialkasse, sondern Arbeitnehmer und sind, wie sie, für unsere Anstellungen sozialversicherungspflichtig – aber den entsprechenden sozialen Schutz können wir vergessen: Wegen unserer berufsbedingten Versicherungslücken erlangen wir kaum Anspruch auf Arbeitslosengeld 1, haben ständiges Durcheinander mit der Krankenversicherung und unsere gesetzliche Rente ist so unterirdisch, dass wir in Altersarmut landen.

Was will Ihre Partei für die soziale Absicherung kurz befristet Beschäftigter tun?

Wenn wir aber unsere schauspielerische Begabung in andere künstlerische Betätigungen einfließen lassen, um etwa eigene Bühnenprojekte zu produzieren, Lesungen zu veranstalten, Schauspielunterricht oder -training zu geben etc., dann sind wir im Zweifel doch selbständig und über die Künstlersozialkasse versicherungspflichtig – eine Sozialkasse, deren Existenzrecht immer wieder in Frage gestellt wird.

Was will Ihre Partei tun, um den Fortbestand der Künstlersozialkasse zu sichern?

Unser Schauspielberuf ist sicher der schönste der Welt, kann aber die meisten von uns und ihre Familien nicht über Wasser halten. Darum suchen wir uns Nebenjobs und finanzieren damit unseren Schauspielberuf und indirekt die Vielfalt des kulturellen Lebens, auf die unsere Kulturnation wohl nicht verzichten will.

Unsere Nebenjobs bewegen sich zwischen künstlerischen und unkünstlerischen, selbständigen und unselbständigen, dauerhaften und befristeten hin und her. Zusammen mit unseren Schauspielengagements erleben wir also ein Wechselbad der kaum kompatiblen Sozialversicherungssysteme – und landen am Ende zwischen allen Stühlen. Ein Schicksal, das wir in diesen immer bewegteren Zeiten mit immer mehr Menschen teilen.

Was will Ihre Partei tun, um allen Menschen einen alle Erwerbs- bzw. Sozialstatus umfassenden Sozialversicherungsschutz zu bieten?

Auch wir Schauspielerinnen und Schauspieler wollen Familien gründen und als Eltern für unsere Kinder da sein! Unser Arbeitsalltag an den Theatern, am Filmset, in den Synchronstudios ist ohnehin schon extrem beziehungs-, familien- und kinderfeindlich. Schlimm genug! Aber dass wir bei einer der wenigen Erleichterungen, die der Gesetzgeber für Eltern bereithält, dem Elterngeld, praktisch ausgeklammert sind, beweist wieder einmal, wie sehr die Gesetzgebung der Entwicklung der Arbeitswirklichkeit hinterherhinkt. Wenn sich die Höhe des Elterngelds aus der Verdiensthöhe der letzten zwölf Monate errechnet, wieviel Elterngeld können dann kurz befristet beschäftigte Eltern erwarten? Vor allem Schauspielerinnen, die wegen ihrer Schwangerschaft in den letzten neun Monaten für keine Rolle besetzt wurden?

Was will Ihre Partei tun, um die Elternschaft für die wachsende Zahl der atypisch Beschäftigten zu erleichtern?

Wir leben in verrückten, beunruhigenden Zeiten. Fassungslos beobachten wir die Entwicklungen im befreundeten bzw. verbündeten Ausland. Die noch bis vor kurzem selbstverständlich scheinenden Grundwerte freiheitlich, demokratischer Gesellschaften werden angezweifelt, angegriffen, abgeschafft.

Auch hierzulande werden wir bedroht von einer gefährlichen Mischung aus Ängsten vor Globalisierung, sozialem Abstieg, Terror und Verschwörungen, aus Hass auf Flüchtlinge, Muslime, Juden, Schwule, Lesben, Frauen, Kunst, Wissenschaft, Politik und Presse sowie aus gezielten, intriganten Desinformationen. Dass sich unsere Gesellschaft dennoch besser als manch andere gegen diese antidemokratische Mischung verteidigen kann, verdankt sie auch und vor allem unserem System öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Einem System, das gehalten ist, unabhängig von Partei- und Wirtschaftsinteressen seinen gesellschaftlichen Auftrag zu erfüllen.

Allerdings sind die Öffentlich-Rechtlichen zunehmend einem populistischem Bashing ausgesetzt, das unter anderem mit Angriffen gegen die Rundfunkgebühren oder Lügenpresse-Parolen versucht, dem Demokratie erhaltenden System das Wasser abzugraben.

Was will Ihre Partei tun, um unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem den nötigen Rückhalt und die ausreichenden Mittel zu geben, die es braucht, auch weiterhin seine für unsere Demokratie bedeutende Rolle zu spielen?

Öffentlich-rechtliche wie private Sender sind im erheblichen Maße auf journalistische, schöpferische, künstlerische und eben auch unsere schauspielerische Mitwirkung angewiesen. Diese kreativen Beiträge, Werke und Leistungen werden von den Sendern nicht nur wiederholt ausgestrahlt, sondern auch über Mediatheken immer grenzenloser einem immer breiteren Publikum zugänglich gemacht. Das wäre durchaus zu begrüßen – wenn, wie es das Urheberrecht eigentlich vorsieht, wir Kreativen auch am Erfolg der Verbreitung unserer Sendungen beteiligt würden. Stattdessen werden die meisten von uns überwiegend mit Einmalzahlungen abgespeist, die in keinem angemessenen Verhältnis zur Auswertung unseres kreativen Wirkens steht. So hat beispielsweise nur der Privatsender ProSiebenSat.1 mit uns Schauspielerinnen und Schauspielern entsprechende gemeinsame Vergütungsregeln aufgestellt, während die anderen Sender, auch die öffentlich-rechtlichen, ihre Branchenübermacht ausspielen und sich vor solchen Regeln drücken wollen.

Was will Ihre Partei gegen die billige Ausbeutung kreativen Schaffens durch die Sender tun?

Film und Fernsehen leben heute mehr denn je von Internationalität und tragen so einen wesentlichen Teil zur Verständigung zwischen den Kulturen bei. Vor allem durch Synchronisation von Filmwerken wird dem Markt ein Weltrepertoire zugänglich gemacht, das dem Großteil der Rezipienten andernfalls faktisch verschlossen bliebe.

Wir Schauspielerinnen und Schauspieler haben also auch mit international tätigen Filmherstellern und Verleihern zu tun, deren Vertragswerke oftmals Klauseln enthalten, die eindeutig und eklatant gegen das deutsche Urheberrecht verstoßen. Beispielsweise wird die Abtretung von Vergütungsansprüchen verlangt, die uns Künstlerinnen und Künstlern eigentlich als Ausgleich über die Verwertungsgesellschaften zustehen. Und obwohl diese Verträge klar rechtswidrig sind, können wir nicht dagegen vorgehen – denn unser Vertragspartner sitzt meist im Ausland, wo es uns aus Kostengründen nicht möglich ist, einen Prozess zu führen. Und was helfen einem Rechte, wenn man sie nicht durchsetzen kann?

Was will Ihre Partei tun, um es den Kunstschaffenden zu ermöglichen, ihre Rechte auch gegenüber Verwertern geltend zu machen, die versuchen, sich dem deutschen Urheberrecht zu entziehen?

Welches Geschlechter-Vorbild geben wir ab? Würden irgendwann in ferner Zukunft Außerirdische nach irdischem Leben forschen und auf wundersam erhaltene Filmwerke stoßen, kämen sie zur einer traurigen Bilanz: Zwei Männchen auf ein Weibchen – die Gattung Mensch wird wohl wegen dieses Missverhältnisses ausgestorben sein.

Aber schon heute belegen irdische Studien, wie sehr die Rolle der Frau in Film und Fernsehen unterbelichtet und unterschlagen wird. Beispielsweise eine von unserer Schauspielkollegin Maria Furtwängler angeschobene, von Filmförderinstitutionen und Sendern gesponserte und von der Universität Rostock durchgeführte Untersuchung belegt, dass Männer auf Fernsehbildschirmen und Kino-Leinwänden doppelt so viel präsent sind wie Frauen.

Was will Ihre Partei tun, um Filmförderinstitutionen und Sender zu bestärken, auf eine gleichwertige Repräsentanz von Frauen- und Männerrollen auf Bildschirmen und Leinwänden hinzuarbeiten?

Weniger offensichtlich, aber noch skandalöser sind die Gagenunterschiede zwischen Schauspielerinnen und Schauspielern. Auch von vielen männlichen Kollegen hören wir, dass die Gagen ihrer ebenbürtigen weiblichen Kolleginnen deutlich geringer ausfallen. Recherchen unseres Bundesverbands Schauspiel legen sogar nahe: Schauspielerinnen werden bei der Bezahlung stärker benachteiligt als der Durchschnitt aller berufstätigen Frauen in Deutschland.

Das ist ein Armutszeugnis für unsere Theater, Film- und Fernsehlandschaft, die sich gerne darin gefällt, Zeugnis für eine sozialere, gerechtere Welt abzugeben.

Was will Ihre Partei in den Kulturreferaten, Rundfunkräten etc. für eine gleichwertige Bezahlung von Schauspielerinnen und Schauspielern tun?